

Trotz Fachkräftemangel: Deutsche blicken skeptisch auf Lockerungspläne bei Einwanderungsregeln

Hamburg, 18. Oktober 2022 – Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, den Zuzug von Fachkräften aus Drittstaaten nach Deutschland zu vereinfachen. Laut eines ersten Gesetzentwurfs soll der Zuzug von Fachkräften zukünftig auch dann möglich sein, wenn noch kein Arbeitsvertrag in Deutschland vorliegt oder der Berufsabschluss noch nicht von deutschen Behörden anerkannt wurde. Die deutsche Bevölkerung steht einer Lockerung des Einwanderungsrechts jedoch zurückhaltend gegenüber, wie eine aktuelle Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos zeigt. Weniger als ein Drittel der Befragten (30%) spricht sich für eine Lockerung aus.

Lediglich jeder fünfte Bundesbürger (20%) befürwortet eine erleichterte Einwanderung von Fachkräften, eine zusätzliche Lockerung auch für Nicht-Fachkräfte unterstützt sogar nur jeder Zehnte (10%). Demgegenüber steht eine deutliche Mehrheit der Deutschen (70%), die eine vereinfachte Zuwanderung aus Drittstaaten kritisch sieht. 37 Prozent der Befragten möchten den Status Quo im Einwanderungsrecht beibehalten, ein weiteres Drittel (33%) spricht sich sogar für eine Verschärfung aus.

Selbst Anhänger der Ampelkoalition mehrheitlich gegen Lockerung

Die mit Abstand größte Zustimmung für eine erleichterte Einwanderung von Fachkräften findet sich unter den Anhängern der Grünen (37%), gefolgt von Unterstützern der SPD (24%) und FDP (20%). Weitere 15 Prozent der Grünen-Sympathisanten sprechen sich zudem für eine generelle Vereinfachung des Zuzugs nach Deutschland auch für Nicht-Fachkräfte aus, bei den Unterstützern der SPD (13%) und FDP (10%) kommt das für knapp jeden Zehnten in Frage. Damit findet das Vorhaben einer Lockerung der Einwanderungsregeln unter allen Parteien lediglich bei der Anhängerschaft der Grünen eine relative Mehrheit (52%), während große Teile der SPD-Wählerschaft (33%) und FDP-Anhänger (46%) die Beibehaltung des Status Quo beim Fachkräfteeinwanderungsgesetz präferieren (Grüne 35%). Bei SPD- (30%) und FDP-Wählern (24%) gibt es außerdem einen relevanten Anteil, der eine Einschränkung der Einwanderung aus Drittstaaten befürwortet, bei den Grünen fordern dies nur 13 Prozent.

Vier von fünf Unions-Anhängern gegen erleichtere Zuwanderung

Noch deutlich migrationskritischer zeigen sich die Sympathisanten der Union. Knapp die Hälfte (47%) ist dafür, den Status Quo bei der Einwanderungspolitik für Fachkräfte beizubehalten. Ein weiteres Drittel (33%) spricht sich sogar für eine stärkere Einschränkung der Zuwanderung aus. Lediglich 15 Prozent der Unions-Anhänger begrüßen den Plan der Bundesregierung, den Zuzug von Fachkräften zu erleichtern. Dass die Einreise von Nicht-Fachkräften vereinfacht werden sollte, halten sogar nur 5 Prozent der Christdemokraten für richtig.

Unterstützer der Linken gespalten, AfD-Anhänger klar gegen Migration

Unter der Anhängerschaft der Linkspartei ergibt sich ein äußerst polarisiertes Bild. Nur 17 Prozent der Linken-Wähler unterstützen die Regierungspläne für eine Reform des Einwanderungsrechts für Fachkräfte. Jeder Fünfte (21%) fordert wiederum zusätzliche Einschränkungen bei den Einwanderungsregeln für Nicht-EU-Bürger (21%), die über den Status Quo hinausgehen. Gleichzeitig gibt es bei keiner anderen Partei einen höheren Anteil an Befragten, die für eine erleichterte Zuwanderung auch für Nicht-Fachkräfte votieren (31%).

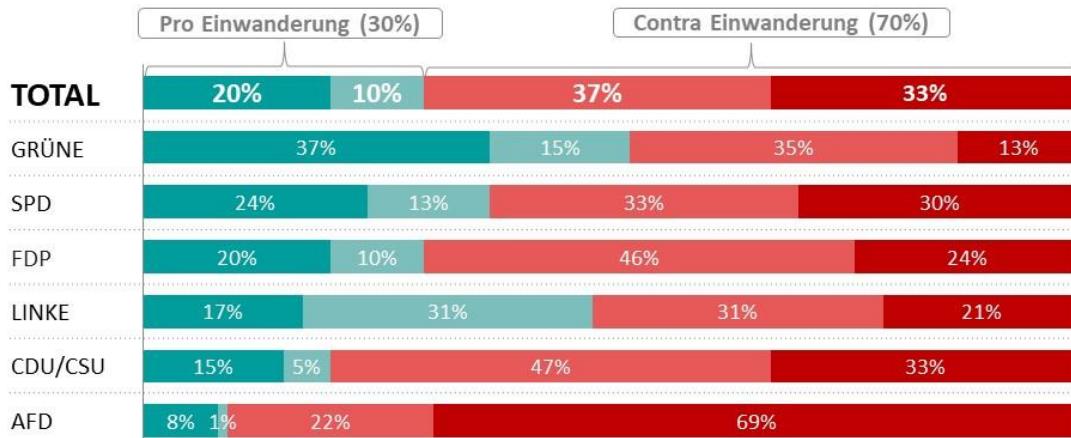
Die geringste Polarisierung findet sich bei der Anhängerschaft der AfD. Neun von zehn AfD-Wählern (91%) möchten entweder die Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten generell einschränken (69%) oder zumindest keine zusätzlichen Erleichterungen beim Zuzug von Fachkräften (22%). Lediglich 8 Prozent befürworten die von der Regierung geplante Reform des Einwanderungsrechts.

Keine Mehrheit für Lockerungen der Einwanderungsregeln

Ipsos

„Die Bundesregierung berät zurzeit über eine Reform des Einwanderungsrechts für Fachkräfte. Damit soll es Personen von außerhalb der EU leichter gemacht werden, nach Deutschland einzuwandern, selbst wenn sie noch keinen Arbeitsvertrag in Deutschland haben oder ihr Berufsabschluss nicht vor der Einreise von deutschen Behörden anerkannt wurde. Was halten Sie von der Reform?“

- Die Einwanderung sollte so wie im oben beschriebenen Entwurf der Regierung vereinfacht werden.
- Die Einwanderung sollte für alle Menschen vereinfacht möglich sein und nicht nur für Fachkräfte.
- Die Einwanderung sollte weiterhin nur mit Arbeitsvertrag und anerkanntem Abschluss möglich sein.
- Die Einwanderung von Nicht-EU-Bürgern sollte eingeschränkt und nicht erleichtert werden.



Quelle: Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Nicht einbezogen: „Weißt nicht“ und „Keine Angabe“ (7%). Feldzeit: 07. bis 09. Oktober 2022.



Methode

Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten im Alter zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Befragung wurde zwischen dem 07. und 09. Oktober 2022 durchgeführt.

Pressekontakt

Dr. Johannes Kaiser
Ipsos Politik- und Sozialforschung
johannes.kaiser@ipsos.com
Fon: +49 30 3030645 7250

Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Meinungsforschungsunternehmen der Welt mit mehr als 18.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt. In Deutschland sind wir mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Nürnberg.

Unsere Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt.

Wir haben die große Bandbreite unserer Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützen damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD).

ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

www.ipsos.de | www.ipsos.com

Auszug aus dem Fragebogen:

Die Bundesregierung berät zurzeit über eine Reform des Einwanderungsrechts für Fachkräfte. Damit soll es Personen von außerhalb der Europäischen Union leichter gemacht werden, nach Deutschland einzuwandern, selbst wenn sie noch keinen Arbeitsvertrag in Deutschland haben oder ihr Berufsabschluss nicht vor der Einreise von deutschen Behörden anerkannt wurde. Was halten Sie von der Reform?

- (1) Die Einwanderung von Nicht-EU-Bürgern sollte eingeschränkt und nicht erleichtert werden.
- (2) Die Einwanderung sollte weiterhin nur mit Arbeitsvertrag und anerkanntem Abschluss möglich sein.
- (3) Die Einwanderung sollte so wie im oben beschriebenen Entwurf der Regierung vereinfacht werden.

- (4) Die Einwanderung sollte für alle Menschen vereinfacht möglich sein und nicht nur für Fachkräfte.
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe

Angenommen, Sie würden teilnehmen, welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

Gemeint ist die Zweitstimme, also die Stimme, die über die Stärke der Parteien im Bundestag entscheidet.

- (1) SPD
- (2) CDU
- (3) CSU
- (4) Bündnis 90/Die Grünen
- (5) FDP
- (6) AfD – Alternative für Deutschland
- (7) Die Linke
- (8) Andere Partei, und zwar:
- (95) Würde ungültig wählen
- (96) Würde keine Zweitstimme abgeben
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe